

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Empfehlungen zur Reform der Eingliederungshilfe beschlossen

Auf der Amtschefkonferenz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) im Oktober 2010 wurden Empfehlungen für die Reform der Eingliederungshilfe verabschiedet. Diese Empfehlungen bilden die Grundlagen für weitere Entscheidungen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. Anliegen des Reformvorhabens ist es nach den Vorschlägen, Teilhabemöglichkeiten und Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen in Übereinstimmung mit der VN-Konvention weiterzuentwickeln. »Es ist nicht Ziel des Reformvorhabens, Teilhabemöglichkeiten und Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige einzuschränken, zu ihrem Nachteil zu kürzen oder wegfällen zu lassen«, heißt es in dem internen Protokoll der Amtschefkonferenz. Als Ziele der Reform werden vier Absichten formuliert:

- Entwicklung zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung, die die individuellen Bedarfe stärker berücksichtigt und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderungen beachtet
- Entwicklung eines durchlässigen und flexiblen Hilfesystems
- Schaffung von Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen
- Kostenneutralität und angemessene finanzielle Beteiligung des Bundes

Zusätzlich zu den erforderlichen konkreten Gesetzesänderungen hält die Bund-Länder-Arbeitsgruppe außerdem flankierende Maßnahmen für erforderlich, beispielsweise eine Förderung des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets, eine Förderung der Konversion stationärer Einrichtungen und individueller Wohnformen und eine Förderung der inklusiven Sozialraumgestaltung. Seit 2007 arbeitet die Bundes-Länder-Gruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz an Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe.

Arbeits- und Sozialministerkonferenz, c/o Hessisches Sozialministerium, Dostojewski-straße 4, 65187 Wiesbaden, Telefon 0611 817-0, Internet <http://www.hsm.hessen.de>

Sozialhilfeausgaben 2009: Anstieg auf netto 20,9 Milliarden Euro

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Laufe des Jahres 2009 in Deutschland rund 23,0 Milliarden Euro brutto für Sozialhilfeleistungen (SGB XII) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von circa 2,1 Milliarden Euro, größtenteils Erstattungen anderer Sozialleistungsträger, betragen die Sozialhilfeausgaben netto etwa 20,9 Milliarden Euro. Damit stiegen sie gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent. Wie in den Vorjahren floss der größte Teil der Nettoausgaben (57%) in die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Mit knapp 12,0 Milliarden Euro stiegen diese Ausgaben gegenüber 2008 um 6,8 Prozent. Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zu den Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe können kostenfrei auf der Website des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden (Suchbegriff: Tabelle 22111-0001).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Paritätischer legt Handreichung für örtliche Beiräte der Jobcenter vor

Im Zuge der Reform der Jobcenter sind örtliche Beiräte verpflichtend einzurichten (§ 18 d SGB II). Aufgabe dieser Gremien ist die Beratung der Jobcenter bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und Eingliederungsmaßnahmen. Das Team der Bundeskoordinatoren Jugendsozialarbeit im Paritätischen Wohlfahrtsverband hat auf sechs Seiten die wichtigsten Empfehlungen zusammengefasst für die Entsendung freier Träger der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit in die neuen Beiräte. Grundsätzlich ist es empfehlenswert, die bisherige Zusammenarbeit zu reflektieren, eine personelle Kontinuität zu gewährleisten und durch Einbringen positiver Aspekte in die neuen Regularien regionale Akzente zu setzen.

Internet [http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/071d59c37f907ea7c1257373005d4475f009df463f560e5abc12577d5004e8c17/\\$FILE/HandreichungEndf.pdf](http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/071d59c37f907ea7c1257373005d4475f009df463f560e5abc12577d5004e8c17/$FILE/HandreichungEndf.pdf)

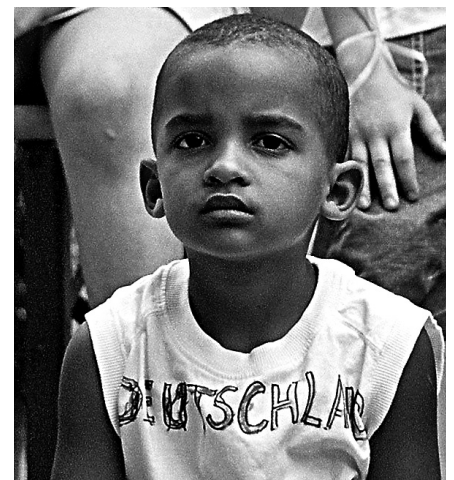
Liga Sachsen-Anhalt beklagt Hürden beim Persönlichen Budget

Das Persönliche Budget stelle derzeit im Bereich der Eingliederungshilfen mehrheitlich keine realistische Alternative zum klassischen Sachleistungssystem dar. Dies beklagt die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt in einem Positionspapier zu der neuen Leistungsform. Das Persönliche Budget sei zwar von der Idee und den gesetzlichen Rahmenbedingungen her ein wichtiger und richtiger Schritt in Richtung Inklusion, denn es fördere die Selbstbestimmung behinderter Menschen in Deutschland. Allerdings stünden etliche Hürden einem Erfolg dieses Instruments entgegen, von der unzureichenden Hilfebedarfserfassung bis zur langen Bearbeitungsdauer. Das fünfseitige Positionspapier, in dem auch in zwei Praxisbeispielen die aktuellen Schwierigkeiten aufgezeigt werden, ist im Internet kostenlos als PDF-Dokument herunterladbar.

Internet http://www.budget-lsa.de/files/positionspapier_liga_zum_pb.pdf

Gesetzliche Kriterien für »Migrationshintergrund«

Die »Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung« ist Mitte Oktober 2010 in Kraft getreten. Die erhebenden



Stellen der Daten zu Merkmalen des Migrationshintergrundes sind die örtlichen Agenturen für Arbeit nach dem SGB III und die zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Leistungsträger nach dem SGB II. Nach § 6

dieser Verordnung liegt ein »Migrationshintergrund« dann vor, wenn

- die Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder
- der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder
- der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteiles in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Die Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes (Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung MlghEV) steht im Internet im Wortlaut kostenlos zur Verfügung.

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/mlghEVgesamt.pdf>

Paritätischer Bremen verabschiedet Empfehlungen zur Unternehmens- und Verbandspolitik

»Wir tun Gutes besser« lautet der Titel von Empfehlungen des Verbandsrates des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bremen an seine Mitgliedsorganisationen. Ziel der Vorschläge ist es, eine zukunftsorientierte Unternehmens- und Verbandspolitik zu diskutieren. Seinen sozialwirtschaftlichen Unternehmen empfiehlt der Landesverband beispielsweise, das ehrenamtliche Engagement als Ressource zu nutzen, faire Löhne zu bezahlen und eine lebenslauforientierte Personalpolitik. Die vierseitigen Empfehlungen stehen auf der Website des Verbandes zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.paritaet-bremen.de/_data/Wir_tun_Gutes_besser.pdf

Experten: Hilfen für Kinder und Jugendliche müssen zusammengefasst werden

Im Interesse einer bestmöglichen Unterstützung müssen die Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren eventuellen seelischen, geistigen oder körperlichen Behinderungen in der Jugendhilfe zusammengefasst werden. Mit dieser Einschätzung stimmten die geladenen Experten bei einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages den Schlussfolgerungen des 13. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zu. Derzeit, so der Vorsitzende der Berichtskommission, Prof. Dr. Heiner Keupp, gebe es Strukturdefizite in der Gesundheitsförderung und Prävention (vgl. Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009). Die verschiedenen Sozialgesetzgebungen, in denen sich die entsprechenden Regelungen finden, führten zu einer unübersichtlichen Komplexität, die an den Schnittstellen zu großen Reibungsverlusten und nicht selten auch zu »schwarzen Löchern« führe. Keupp sprach sich daher für die »große Lösung« in der Jugendhilfe aus, die eine Zusammenführung der Leistungen in einem einzigen Gesetz vorsieht.

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon 030 227-0, Fax 030 22736878, E-Mail mail@bundestag.de, Interner <http://www.bundestag.de>

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon 030 227-0, Fax 030 22736878, E-Mail mail@bundestag.de, Interner <http://www.bundestag.de>

Mehr Kinder in Kindertagespflege

Die Zahl der Kinder, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, hat deutlich zugenommen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben im März 2010 bundesweit die Eltern von 112.000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung in Anspruch genommen. Somit stieg die Zahl der betreuten Kinder gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Prozent an. Wie bereits im Jahr 2009 ist der Anstieg zum Großteil auf den Ausbau der Kindertagespflege für unter Dreijährige zurückzuführen. Umfassende Daten zur Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland, insbesondere zur Statistik über die Kinder in Kindertageseinrichtungen, sind auf der Website des Statistischen Bundesamtes abrufbar.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Berufliche Rehabilitation lohnt sich

Die Ausbildung eines behinderten Jugendlichen rechnet sich mittelfristig trotz der Kosten, die überwiegend von der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke. Dazu wurden über 1.500 Abgänger der Jahre 1995 bis 2008 aus Berufsbildungswerken über ih-

ren beruflichen Werdegang befragt. Danach sind derzeit 68 Prozent der Absolventen, die dort einen Berufsabschluss gemacht haben, erwerbstätig. Dagegen schafft nur jeder zweite junge Behinderte ohne Lehrausbildung den Sprung auf einen Arbeitsplatz. Das Einkommen liegt mit Berufsabschluss — monatlich gut 1.600 Euro — überdies um gut 300 Euro höher als ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Aufgrund der höheren Wertschöpfung zahlt sich die Investition in die berufliche Rehabilitation aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bereits nach zehn Jahren aus. Wenn die Absolventen bis zum 60. Lebensjahr erwerbstätig sind, haben sie im Lauf ihres Arbeitslebens eine Rendite von knapp zwölf Prozent erwirtschaftet. Die 254-seitige Studie »Kosten und Nutzen der beruflichen Rehabilitation junger Menschen mit Behinderungen oder funktionalen Beeinträchtigungen — eine gesamtwirtschaftliche Analyse« steht im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.iwkoeln.de/LinkClick.aspx?fileticket=jEbMfdxjBHK%3d&tabid=252>

Was das Soziale in Berlin kostet

Die Berliner Finanzverwaltung hat zum zehnten Mal ihre Broschüre »Was kostet wo wie viel?« aufgelegt. Auf 120 Druckseiten ist aufgelistet, was typische »Verwaltungsvorgänge« in den einzelnen Stadtbezirken kosten. Die Kosten- und Leistungsrechnung ermöglicht es, einzelne Aufgaben, wie die Ausstellung eines Reisepasses oder die Bearbeitung eines Wohngeldantrages, in einzelne Produkte zu zerlegen. Vom Personaleinsatz, über Immobilien bis hin zum Büromaterial wird so eine Vergleichbarkeit der Ausgaben pro Bezirk erreicht. Für den Bereich »Jugend, Familie und Sport« stehen so beispielsweise Angaben zur Verfügung zu den Kosten für Beistandschaft zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen für Minderjährige pro Jahr, eine Angebotsstunde in der allgemeinen Kinder- und Jugendförderung oder die stationäre Hilfe zur Erziehung pro Fall und Tag. Die Broschüre steht auf den Internetseiten der Berliner Finanzverwaltung kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin, Telefon 030 9020-4141, Internet <http://www.berlin.delsen/finanzen/haushalt/bezirke>

Alkohol ist die gefährlichste Droge

Alkohol ist die schädlichste Droge, noch vor Crack und Heroin. In einer neuen Studie präsentierten Drogenexperten in der britischen Medizinzeitschrift »The Lancet« eine neue Einteilung der Drogen, die gleichermaßen die Gefährlichkeit gegenüber dem Individuum wie auch gegenüber dem Umfeld bewertet. Die Analyse zeigt, dass bei einer Kombination beider Faktoren Alkohol als schädlichste Droge angesehen werden muss, gefolgt von Crack und Heroin. Drogen, darunter Alkohol- und Tabakerzeugnisse, sind den Autoren der Studie zufolge eine der wesentlichen Ursachen der Gefährdung von Einzelpersonen und der Gesellschaft. Diese Gefährdungen durch Drogen müssten gründlich bewertet werden, um politischen Entscheidungsträgern in öffentlicher Gesundheit, Überwachung und sozialer Fürsorge bessere Leitlinien zu bieten.

Quelle: DJ Nutt and others. Drug harms in the UK: a multicriteria decision analysis. Lancet 2010; 376: 1558. Internet <http://www.thelancet.com>

Hohe Kosten durch Demenz und Depressionen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betragen die Krankheitskosten durch psychische und Verhaltensstörungen im Jahr 2008 knapp 28,7 Milliarden Euro. Für gut die Hälfte dieser Kosten waren zwei Diagnosen verantwortlich: 9,4 Milliarden Euro wurden für Demenzerkrankungen und 5,2 Milliarden Euro für Depressionen ausgegeben. Ein Zeitvergleich zeigt, dass die Kosten durch psychische Erkrankungen von 2002 bis 2008 besonders stark gestiegen sind. Psychische und Verhaltensstörungen waren dabei die Krankheitsgruppe mit den dritthöchsten Kosten. Noch höhere Kosten wurden 2008 lediglich durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen (37 Milliarden Euro) und Krankheiten des Verdauungssystems (34,8 Milliarden Euro) verursacht. Anhand der Krankheitskostenrechnung schätzt das Statistische Bundesamt seit 2002 alle zwei Jahre die ökonomischen Folgen von Krankheiten für die Volkswirtschaft. In die Berechnung fließen neben medizinischen Heilbehandlungen sämtliche Gesundheitsausgaben für Prävention, Rehabilitation und Pflege ein.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Kennzahlen

» Verließ die Verständigung zwischen Politik und Sozialarbeit früher über Sprache, so sind jetzt Zahlen und Kennziffern gefragt.«

Dr. Hejo Manderscheid,
Direktor des Diözesancaritasverbandes Limburg e. V.

255

Pro-Kopf-Ausgaben in Euro in Deutschland für Sozialhilfe im Jahre 2009

763.864

Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII in Deutschland (Stichtag: 31.12.2009)

3.339

Zahl der SMS-Textnachrichten, die ein US-Teenager durchschnittlich im Monat verschickt

3.846.000

Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland, die regelmäßig länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten (Stand 2009)

61

Zahl der verschiedenen Formulare in Deutschland zur Abgabe von Steuererklärungen

1.331

Zahl der Menschen, die in Deutschland im Jahre 2009 durch den Konsum illegaler Drogen ums Leben kamen

2.003

Betrag in Euro, die Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 2010 in jeder Sekunde für Zinszahlungen aufbringen müssen